Joachim Bruhn

Von der Gegenöffentlichkeit zur Verbraucherinformation

Ein Nachruf auf die „Stadtzeitung"

Aus: *Stadtzeitung für Freiburg*, März 1992, S. 18 - 23

Die Meldung der „Badischen Zeitung", der Kabarettist Matthias Deutschmann habe sich entschlossen, im Wahlkampf des Ultragrünen Dieter Salomon den Spaßmacher zu geben, paßt wie die Faust aufs Auge zu dem Gerücht, daß sich die „Stadtzeitung GmbH" in ihrer Not sogar der „Rombach GmbH & Co. KG" feilgeboten hat. Während Deutschmann, der ingeniöse Lautsprecher ausgelassener Krawallnächte und begnadete Vorbeter feuchtfröhlicher Sturm- und Drangzeiten, demnächst im „Vorderhaus" den Machthunger der Herrschaftsanwärter und ihrer Klientel zur politischen Kultur veredeln wird, handelte sich das ehemalige Alternativblatt, das vor Steinzeiten in der Kampagne „BZ lügt" sich engagierte, vom Ideologielieferanten der Region allerdings eine glatte Abfuhr ein. Was unter Ausschluß der Öffentlichkeit, in privaten Séancen und den exklusiven Versammlungen der Geldgeber sich abspielt – die Liquidation der traurigen Restbestände von Gegenöffentlichkeit, ihre Verwandlung in ein geschütztes Markenzeichen und persönliches Image - , das resümiert die Entwicklung der Szene von der überschwenglichen Alternativbewegung zum bornierten Klüngel, eine Karriere, deren Ende demonstriert, was, aller großspurigen Deklarationen zum Trotz, schon den Anfang motivierte.

Schon die Vollversammlungsöffentlichkeit der Studentenbewegung war, wie später die der Friedensbewegung und des Häuserkampfes, von der Herrschaft der informellen Kader geprägt; sie war kein Ort der Selbstverständigung revoltierender Individuen, sondern Akklamationsorgan und Probebühne für Politiker. Daß das antagonistisch auftretende, revolutionaristisch gestimmte Interesse der Herrschaft der Geschäftsführer, Kulturmanager, Steuerberater, Akademischen Räte und Finanziers weichen mußte, daß das einstige Paradepferd „linker" kommunaler Öffentlichkeit in nicht-öffentlicher Sitzung begraben werden konnte, ja daß überhaupt ein zu Beginn kollektives politisches Projekt nach und nach zum Privateigentum verkommen konnte und nun nach GmbH-Recht aus dem Markt genommen wird – all dies wirft ein Licht auf den Charakter dieses Interesses selbst. Im Ausverkauf findet es seine Identität als Bedenkenträger bürgerlicher Öffentlichkeit. An die Stelle der jahrelang gepflegten fixen Idee einer „linken Politik" treten, als ihre Wirklichkeit und Aufhebung zugleich, das Antichambrieren um Einfluß und Geld, um Subventionen und ABM-Stellen, die Seilschaft, die Intrige und das Ressentiment.

Die Alternativen haben sich lange genug in „Realpolitik" geübt, um den Zynismus der Frage, was die Beraubung einer Bank denn gegen die Gründung einer Ökobank sei, mit einem maliziösen Lächeln zu überhören – und so nimmt es nicht Wunder, daß im Beirat der Ökobank fast die gleichen Visagen sich zuprosten wie früher auf den Vollversammlungen im Dreisameck. Der Fortschritt vom Flaschbier im „Autonomen Zentrum" zum Sektcocktail in der Bankfiliale hat dem unentwegt oppositionellen Selbstbewußtsein der Projestbohème nicht im geringsten geschadet, handelt es sich dabei doch nur um das bewußte eine Prozent, das die Ökobank menschheitsbeglückenden Projekten von der biodynamischen Schweinemast bis zum ça ira-Verlag vom Zinssatz der Commerzbank nachläßt. Darüber ist die „Szene" vom lebenslustigen Verein, der für die kritische Intelligenz in etwa die Funktion hatte, die die Burschenschaften noch heute für den deutschnationalen Nachwuchs wahrnehmen, zu einer Ansammlung von Mutanten geworden, die nicht einmal mehr Krawall machen statt Mensur zu schlagen und die bestens in ein noch zu gründendes Wachsfigurenkabinett des „Archivs für sozial Bewegungen" passen würden. Was da als gesellschaftlicher Vorbau zum hcgomonialen System der „Grünen" agiert, versammelt Leute, die sich einmal für Anarchisten gehalten haben, grau gewordene Kritiker der politischen Ökonomie, die jetzt EDV-gestützt über Zins und Zinseszins brüten, die Radioten von RDL, für deren Mehrheit Antisemitismus kaum ein Kavaliersdelikt darstellt, einen Unabhängigen Frauenverband, dem nur noch eine freiburger Ausgabe von Rita Süßmuth fehlt, um OB Böhme zu schlagen, eine autonome Ex-Anti-NATO-Gruppe, die Aufklärung mit Volkspädagogik und Kritik mit Wissenschaft in kleiner Münze verwechselt, schließlich einen Arbeitskreis Alternative Kultur, der gegen Barzahlung gerne sadomasochistische Bedürfnisse befriedigt, und eine Medienwerkstatt, die kurz vor der mitternächtlichen Nationalhymne gut ins ZDF paßt. Daß Deutschmann für den Ultragrünen trommelt, dessen Verdienst darin besteht, im Fach „wissenschaftliche Politik" über die „Grünen" promoviert zu haben, d.h. zur „Politik als Beruf" sich zuzubereiten, ist eine gelungene Pointe. Es ist dies ein Milieu, dessen Desinteresse für alles außer für sich selbst kaum zu überbieten ist, und daß doch müde, frustriert und abgelebt genug aussieht, um als Monument vergangener Exzesse, idealistischer Ansprüche und hochtrabender Hoffnungen Denkmalschutz verlangen zu können, ein Milieu, dessen Lebenssinn darin besteht, frustriert zu sein und weiterzumachen.

Die „Gegenöffentlichkeit" wurde im genauen Maße dieser Integration der einstigen Protestbewegung in die politischen Machenschaften und ökonomischen Praktiken der bürgerlichen Gesellschaft erst substanzlos und dann überflüssig. Der Wandel der „Stadtzeitung" vom ebenso di-

lettantisch wie engagiert gemachten Blatt zum professionell gemanagten und sterbenslangweiligen „ZET-Magazin" mit dem offiziösen Untertitel „Freiburgs Monatliche" reflektiert das soziale Schicksal einer ganzen Generation, die sich zunehmend nicht mehr für die Revolution, sondern für Imbißbudentests, Theweleit und Heidegger, für „Lust auf Hölle" und 'Tattoo You", für OB-Interviews und kulturellen Service nach dem Vorbild von Stiftung Warentest, für Tandaradei und sonstigen Schnickschnack interessierte.

Aber das subversive Interesse war immer schon geheuchelt, d.h. akademisch. Denn was in der Mitte der siebziger Jahre zur kommunalen Gegenöffentlichkeit sich formierte, war eine Protestbewegung universitärer Intelligenz, die ihren ganzen Ehrgeiz darein setzte, ihren sozialen Status und politische Funktion zu verleugnen und gleichsam zu überspringen, eine Rebellion „linker" Intellektueller, die sich, eingeklemmt zwischen den maostalinistischen Parteiaufbauern des KBW und der kleinbürgerlichen Bürgerinitiativbewegung, weder als namenlose Genossen engagieren noch unverhohlen als käufliche Interessenvertreter verdingen wollten. Eine Existenz als einfacher Parteisoldat der Weltrevolution widersprach ihrem Hedonismus ebenso, wie ein Dasein als Bürger unter anderen ihrem Bedürfnis nach Originalität zutiefst zuwider war. Alles, nur keine graue Maus! Diese Intellektuellen wollten sich weder mit dem abenteuerlichen Versprechen des „wissenschaftlichen Sozialismus" zufriedengeben, eines Tages und revolutionär die Herrschaft der Kopflanger im Namen einer sog. „Diktatur des Proletariats" zu installieren, noch erschien ihnen ein Aktenleben aus zweiter Hand als Experte und Lobbyist sonderlich attraktiv. Denn beides hätte sie zum bloßen Helfershelfer und Instrument – mal einer „Wahrheit", mal eines „Interesses" – erniedrigt, ihren ambitionierten Anspruch auf „Autonomie" dementiert, sie zum Agenten einer „abstrakten" Arbeiterklasse oder zum Bürodiener eines „konkreten" Volkes degradiert. Aber nicht allein die doppelte Abgrenzung gegen Avantgarde und „Volksbewegung" ließ die Lage dieser „linken" Intellektuellen zutiefst ambivalent werden.

Denn andererseits teilten sie mit den „wissenschaftlichen Sozialisten" doch immerhin den vegetativen Abscheu vor einer Wissenschaftskritik, die ihr, in der materialistischen Rekonstruktion des Zusammenhangs von Warenform und Denkform, den Herrschafts- und also Ideologiecharakter ihres Denkens ebenso nachgewiesen wie sie ihren Anspruch, Theorie und Praxis „vermitteln" zu wollen, der Zwecklüge überführt hätte. Zwar wollten sie nicht ausgerechnet die „Klasse an sich" mit der „Klasse für sich" vermitteln, aber vermitteln, d.h. politisieren, das wollten sie unbedingt. Und zugleich hegten diese „linken" Intellektuellen mit der Bürgerinitiativbewegung einen genuinen Haß auf das „Abstrakte", einen volkstümelnden Kult der unmittelbaren Interessen und konkreten Bedürfnisse. Sie veredelten diesen Widerwillen, indem sie auf die Bobbeles der BI genau das formale Denkschema anwandten, dessen Inhalt (der Klassenkampf) sie bei den Marxisten-Leninisten so abstieß; sie kultivierten den Protest der verärgerten Steuerzahler zur Ökologiebewegung, indem sie ihm die Rettung der Gattung als eigentlichen Zweck, als seiner selbst unbewußtes, aber „an sich" treibendes Interesse unterstellten. Derart schwärmten sie mit Buki und Moßmann von „Mutters Stübele" und alemannischem Liedgut wie nur stramme Stalinisten vom Schalmeienzug der Deutschen Postgewerkschaft in der gerade aktueller Tarifrunde. So gelang es ihnen zwar, ihre Position als Intellektuelle zu behaupten, d.h. fleißig an der Vermittlung von Weser und Schein weiterzuarbeiten aber dies versprach nicht die gleichen moralischen Gratifikationen wie die Politik der Avantgarde.

Die linken Intellektuellen der späten siebziger Jahre standen vor dem nervtötenden Problem, eine Erkenntnisform zu haben, deren Inhalt nicht (mehr) genehm war, während sie doch zugleich und endlich einen (ihren) genuinen sozialen Inhalt gefunden hatten, dessen Praxisform jedoch ihr genuines Elitebedürfnis nur bedingt zu befriedigen vermochte. Ihre Denkform befaßte einen fremden sozialen Gehalt, während ihr soziales Interesse von der neuen Praxisform nicht angemessen zur Geltung gebracht wurde. Einerseits konnten sie sich schmeicheln, durch den studentischen Maostalinismus zum Subjekt der Politik geadelt worden zu sein – aber eben dadurch hatten sie ihre Individualität eingebüßt. Andererseits genossen sie es, in der Ökologiebewegung endlich Volkeswünsche von den Lippen zu lesen und populär zu werden - aber genau dadurch drohten sie ihrer Avantgardeposition verlustig zu gehen. Wahrend beim arbeitertümelnden Studentenfasching der K-Gruppen immerhin die „Wahrheit" der Intellektuellen über das (proletarische) Interesse herrschte, so dominierte allerdings in der ökologischen Folklore ihr eigenes (mittelständisches) Interesse über die „Wahrheit". Die linken Intellektuellen hoben diese abgründige Spaltung zwischen Wahrheit und Interesse, dies Hin- und Hergerissensein zwischen ihrem bürgerlichem Interesse, das ihre Vermassung zur Folge gehabt hätte, und ihrer politischen Funktion, die Individualität versprach, darin auf, daß sie sich selbst zum Subjekt und zum Objekt der Politik erklärten. Sie überwanden das Dilemma, daß ihnen im eigenen Denken ein fremder sozialer Gehalt entgegentrat, während ihr eigener Gehalt von den falschen Leuten repräsentiert wurde, indem sie sich selbst dachten und zugleich eine eigene Praxisform kreierten. So erfanden sie Anfang der 80er Jahre sowohl die grüne Partei als den eigentlichen Sinn der Ökologiebewegung als auch den Häuserkampf als die unmittelbar gegebenen Formen einer „Politik in erster Person". Die „Gegenöffentlichkeit" war das Medium, sich selbst zu spiegeln und sich auf den politischen wie sozialen Begriff zu bringen. „Informationsdienst zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten"

nannte sich eine Frankfurter Postille der 70er Jahre, aus der die famose „taz“ hervorging und die auch die „Stadtzeitung“ inspirierte. Schon im Titel erschien der Gegner, die bürgerliche Öffentlichkeit, gegen die seit der Anti-Springer-Kampagne angegangen wurde, als Lügen- und Manipulationszusammenhang, als Mechanismus der Ausgrenzung und als Mittel, Herrschaft zugleich zu kaschieren wie darin zur Geltung zu bringen. Desinformation und Verschweigen, kurz: mediale Counterinsurgency galt als das Wesen dieser Öffentlichkeit. Aber das Leitmotiv der Gegenöffentlichkeit, in der Parole „Die herrschenden Gedanken sind die Gedanken der Herrschenden“, war von Anfang an ein interessierter Irrtum.

Denn zum einen täuschte man sich über die Funktion der bürgerlichen Öffentlichkeit, hatte diese doch durch den Faschismus ihren Charakter – Beratung der Regierung im höheren Interesse des Staates – ebenso eingebüßt wie die Bourgeoisie ihren Status als herrschende Klasse zugunsten der Akkumulation des Kapitals als solcher hatte abtreten müssen. Das Kultbuch der undogmatischen Linken der 70er Jahre, Oskar Negts und Alexander Kluges Opus „Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit“ von 1972 (die zugleich die Cheftheoretiker des „Sozialistischen Büros“ waren, dessen freiburger Gruppe, der „Sozialistische Bund“, die „Stadtzeitung“ 1976 gründete“), hatte „Nichtöffentlichkeit“ als zentrale Wesensbestimmung von Herrschaft definiert. Dieser Anweisung folgend, wollte Gegenöffentlichkeit einen wallraffmäßigen Blick hinter die Kulissen werfen in der Hoffnung, die subalternen Massen würde sodann revolutionärer Ekel ergreifen. Die bürgerliche Öffentlichkeit jedoch war längst zur Reklame, zur Ideologie pur und zur Verbraucherinformation übergangen, hinter den Kulissen war kein Subjekt. Zum anderen suggerierte der Begriff der Gegenöffentlichkeit, es gäbe Themen und Interessen, die der Journaille von der „Badischen Zeitung“ objektiv inkommensurabel seien, Nachrichten über Ökologie, Klassenkampf, Stadtplanung, Frauen, Mieterprobleme, Repression, 3. Welt, Berufsverbot usw. usf., die der herrschenden Meinung als solche abträglich seien und daher „unterdrückt“ würden. Nicht die Form der Nachrichten oder des kommentierenden Werturteils galt als skandalös, sondern vielmehr die Zensur und der Mangel an „Authentizität“. Daß die über den grünen Klee gelobten „Betroffenen“, als sie dann endlich zu Wort kamen, auch nur im Proporz berücksichtigt werden wollten, war den Aktivisten der Gegenöffentlichkeit ebenso Anathema wie die Ideologiekritik. Zum Dritten jedoch bewahrte die Gegenöffentlichkeit durch all ihre Borniertheit hindurch die mittlerweile wahnhaft anmutende Vorstellung, es gälte die von den Bürgern verratene Idee der bürgerlichen Öffentlichkeit gegen die Bürger selbst zu behaupten. Bürgerliche Öffentlichkeit erschien, jenseits der instrumentalisierenden Herrschaft der Inserenten und Interessenten, „an sich“ als die Idee des zwanglosen Zwangs des besseren Arguments, sie selbst erschien in ihren Institutionen, in den Parlamenten und Zeitungen wie den Radio- und Fernsehstationen, als der bloß formale und wesentlich wesenlose Organisator, ja: als der bloße Katalysator des allgemeinen Interesses.

„Gegenöffentlichkeit“ als Form der narzißtischen Selbsterfahrung dieser neuen sozialen Bewegung der „linken“ Intellektuellen konnte nicht umhin, ihren Widerspruch gegen Herrschaft im höheren und eigentlichen Interesse dieser Herrschaft selbst zu artikulieren. Zwar polemisierte man gegen das politische Management, gegen die Regierung, aber stets in einer Form, durch die man sich selbst als Nachwuchs empfahl. Die Veröffentlichung „unterdrückter Nachrichten“ formulierte die Themen, die berücksichtigt zu werden hatten, sollte die soziale Integration auch in Zukunft gelingen: Urbanität, Ökologie, Frauen, Kultur. Unfähig zur Ideologie- wie zur Staatskritik arbeitete die Gegenöffentlichkeit die scheinbar antagonistischen Inhalte in die Politik ein. Schon die Erkenntnisform der „linken“ Intellektuellen war, egal, ob sie von der „Diktatur des Proletariats“ schwärmten, von der „Autonomie“, der „Alternativbewegung“ oder, wie neuerdings, von der „Zivilgesellschaft“, ebenso unheilbar kapital- und staatsförmig gewesen wie ihr Vermittlungspathos, ein Denken, das zu Beginn der 80er seine definitive Praxisform gefunden hatte. Was Johannes Agnoli über die „Grünen“ schreibt, gilt cum grano salis für die neuen sozialen Bewegungen und ihre Praxisfelder überhaupt: „Bei jeder Abstimmung verstärkt sich das Bewußtsein, eine entscheidende Person zu sein – zwar negativ-oppositionell, aber immerhin an der Entscheidung beteiligt. Im Grunde verwirklicht sich derart der Traum der bürgerlichen Individualität, aus der Anonymität herauszutreten und – zu herrschen: die Ungleichheit als Voraussetzung der Möglichkeit, sich selbst zu verwirklichen. Wer durch den Einzug in die staatlich entscheiden Institutionen erst jemand geworden ist, und nicht mehr als irgendjemand gegen die Institutionen allgemein und abstrakt kämpft, wer durch die Politik und nicht durch die Kritik der Politik jemand geworden ist, verliert das Interesse, die Institutionen zu verändern und abzuschaffen. (...) Das theoretischrevolutionäre Erkenntnisinteresse (Kritik der Politik) muß dem materiellen Interesse (Politik als Beruf) den Platz räumen“.

Die mit dem sozialen Antagonismus kokettierende „linke“ Kritik der 70er Jahre ist zum Widerspruch im Staat geworden. Das soziale Milieu, das die „Gegenöffentlichkeit“ trug und benötigte, hat sich bis zur Ununterscheidbarkeit mit den alltäglichen Praktiken und Machenschaften bürgerlicher Interessenpolitik verwickelt und verwoben; seine intellektuelle Aktivität besteht einzig in der nun auch selbstbewußten Produktion von Ideologie. Zur Befriedigung seiner intellektuellen Bedürfnisse genügen, neben der zum Bescheid wissen unumgänglichen Fachliteratur, das

Feuilleton der „Frankfurter Rundschau" und das „Jazzhaus-Journal". Daß die ehemalige „Stadtzeitung" aller „Professionalität" zum Trotz bei dieser Entwicklung nicht so recht mitkam und zum Schluß leicht antiquiert wirkte, machte sie zum Restposten einer verflossenen Illusion und damit so sympathisch wie eine Ruine, die einmal bessere Zeiten gesehen hat.